

menten des Weltalls verankert erscheinen; wenn sie nicht aufgebaut sind auf dem Glauben an Gott und nicht getragen werden von Menschen tiefer Gottesliebe, sind sie mit innerer Notwendigkeit dem Untergang geweiht.

Wir stellen, geliebte Söhne und Töchter, eure Sorgen und Hoffnungen dem anheim, dem alle Gewalt gegeben ist im

Himmel und auf Erden (Matth. 28, 18), empfehlen euch dem mächtigen Schutz seiner gebenedeiten Mutter, der allerseeligsten Jungfrau Maria und erteilen als Unterpand der göttlichen Hilfe euch allen, der ganzen Diözese Berlin: Stadt, Land und Volk, aus der Fülle des Herzens den Apostolischen Segen.

## Die Kirche in den Ländern

### Die Kirche in der Schweiz

#### *Das Milieu ist stärker als die Konfession*

„Die Schweiz ist keine Insel der Seligen“, schreibt die Züricher Zeitschrift „Orientierung“ in einer Aufsatzfolge über die Lage der Kirche in der Schweiz (13. Jhg. Nr. 9—12). Der Züricher Statistiker Dr. Senti hat im vergangenen Herbst die Ehemoral in dieser Stadt untersucht und stellt am Ende fest: Das Milieu ist stärker als die Konfession. (Züricher Statistische Nachrichten, September 1948.) Das trifft nicht nur für die Ehen zu, wie man sogleich erkennen wird. Das Milieu des Schweizervolkes verändert sich zusehends im ungünstigen Sinne.

Da ist zunächst die zunehmende Vermischung von katholischen und andersgläubigen Bürgern. Die Schweiz zählt unter ihren  $4\frac{1}{2}$  Millionen Einwohnern 57% Protestanten und 41% Katholiken. Ehedem wohnten sie nach Kantonen getrennt. Heute zählt Zürich 117 000 Katholiken unter 384 000 Einwohnern, Basel 49 000 unter 152 000, Bern 17 000 unter 125 000. Umgekehrt gibt es in Luzern unter 53 000 Einwohnern bereits 13 000 Protestanten, und in ehemals rein katholischen Orten wie Einsiedeln oder Stans werden evangelische Gemeinden begründet.

Sodann wird die Schweiz immer mehr zu einem Industrie- und Stadtland, 53% der Bevölkerung leben in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern. 850 000 Ehefrauen sind in Industrie und Handel beschäftigt. In Zürich wechselten von 17 000 Mitgliedern einer Pfarrgemeinde binnen Jahresfrist 11 000 die Wohnung. Das Milieu von einem Drittel des Schweizervolkes wird bestimmt durch Fabrik, Weekend, Fußball, Radio, Kino, Schreibmaschine und öffentliche Meinung.

Als Folge dieser Milieueinwirkung zeigt sich ein bedrohlicher Zerfall der Familien. Er läßt sich anhand der erwähnten Untersuchung von Senti nachweisen. In Zürich kam im Jahre 1947 auf 4 Trauungen eine Scheidung. Die Schweiz liegt in der Statistik der Scheidungen an vierter Stelle hinter USA, Österreich und Japan. Und das Bemerkenswerte: die Katholiken bleiben hinter dieser Ziffer nicht zurück. „Es ist also nicht etwa so, wie man hätte erwarten können, daß sich für die Katholiken eine unter- und für die anderen Konfessionen eine überdurchschnittliche Scheidungshäufigkeit herausstellt... Daraus muß geschlossen werden, daß in unserer Stadt der Einfluß des Milieus jenen der Konfession vollständig aufhebt.“ In einer Pfarrei von Zürich kamen auf 110 kirchliche Trauungen (von denen 53 Mischehen waren) 120 rein standesamtliche Heiraten.

Von den 900 000 Industriearbeitern der Schweiz praktizieren, soweit es sich um Katholiken handelt, etwa 15—20% ihre Sonntags- und Osterpflicht. Aber in 2 Jahren haben 20 000 Jugendliche das Sportabzeichen erworben. Die Fußball-Länderspiele haben 50 000 Zuschauer. Jeden Tag gehen 8000 Personen ins Kino. Im letzten Jahr wurden in der Schweiz 40 Millionen Kinokarten verkauft. Und ebenfalls im letzten Jahr urteilten die Gerichte 10 500 jugendliche Verbrecher ab.

Der Einfluß der Katholiken auf das öffentliche Leben ist geringer, als es ihrer Zahl entspräche. Im Züricher Gemeinderat von 125 Mitgliedern sitzen 12 Katholiken, die also, religiös betrachtet, ein Drittel der Bevölkerung repräsentieren. Von 1400 Lehrkräften der Stadt sind 81 (5,8%) katholisch. In Basel, zum Vergleich, sind es 72 von 1059. Bern hat nicht einen einzigen katholischen Lehrer an Volksschulen und Gymnasien! Unter den 60 Personen, die das Programm des Senders Beromünster machen, ist kein einziger Katholik.

Abbé Godin hat Frankreich zum Missionsland erklärt, Pater Zeiger hat sich für Deutschland zu derselben Erkenntnis bekannt. Die Demaskierung der Schweizer Kirche führt, wenigstens für den Bereich des öffentlichen Lebens, zu dem gleichen Ergebnis. Die unechte Religiosität des Bürgertums, ob katholischer ob sonstiger Denomination, baut sich selbst allmählich ab. Das ist nicht unbedingt zu beklagen. Auch die innerkirchliche Parallele hierzu: daß der und jener Verein allmählich abstirbt, daß hier ein Blättchen und da eine Andacht aus Mangel an Teilnehmern eingeht, braucht uns nicht aufzuregen. Denn dafür scheint sich selbst in der konservativen Schweiz allmählich ein echter missionarischer Geist und ein wachsendes Gefühl der Verantwortung bei den nunmehr übrig bleibenden katholischen Laien zu entzünden. Das Christentum fängt an, gegen das Ghetto zu rebellieren und dringt aus der bürgerlichen Welt unter die Arbeiter und unter die Studenten vor. In seinem ureigensten Kreis regeneriert es sich zugleich aus den Quellen der Liturgie und der Bibel. Man hat die Abendmessen eingeführt, bei gutem Besuch, man hat neue Formen der abendlichen Andacht gefunden, selbst hier und da schon eine unserer Zeit gemäße Weise zu predigen.

#### *Die Chancen der Kirche*

Es handelt sich nicht um Erfolge, sondern um Anfänge und Versuche. Aber wo man sie gemacht hat, haben sich Menschen eingefunden, die bis dahin nicht zu sehen waren. Auch in der Schweiz offenbart sich hinter der Fassade der

Zivilisation die Sehnsucht, zahlreicher Menschen nach etwas unbedingt Wahrem und Absolutem, der Sinn für das Mysterium, die Bereitschaft, eine Lebensform und Lebensregel anzunehmen, wenn sie sich auf eine dem heutigen Menschen entsprechende Art vorstellt. Wo ehrliches Bekennen und Streben auftaucht, findet es Resonanz. Die Anthroposophie, das Moral Rearmement sind ein Beweis dafür. Auch die Kirche, wenn sie sich nur in der Sprache unserer Zeit vernehmen läßt, wird mit Achtung behandelt, ja sie wird ernst genommen. Es ist längst nicht mehr Mode, das Evangelium gegen sie auszuspielen. Man zeigt Sinn für ihre Art, Gemeinschaft, Autorität, Weltweite zu beweisen.

Die Organisation der Schweizer Kirche läßt nichts zu wünschen übrig. Die fünf Diözesen haben einen heute noch genügenden Priesternachwuchs. Allerdings ist die Tendenz rückläufig. Die Sorge für die Diaspora ist befriedigend. Ein Seelsorgeinstitut in Verbindung mit der Universität Freiburg bemüht sich um die Anpassung der Seelsorge an unsere Zeit und Welt. 15 000 Ordensschwestern stellen eine stattliche Schar von Dienerinnen der Caritas. Im öffentlichen Leben vertreten der Volksverein, die Arbeitervereine, der Frauenbund und die Jugendverbände mit ihren 90 000 Mitgliedern die katholische Sache. Der Caritasverband arbeitet vorbildlich und mit wahrhaft katholischer Großzügigkeit über die Landesgrenzen hinaus. Die liturgische und die Bibelbewegung sind im Fortschritt begriffen. Die zwei entscheidenden Gruppen der Gesellschaft: Studenten und Arbeiter genießen eine bevorzugte und eindringliche Seelsorge. Natürlich haben die sozialistischen Gewerkschaften mehr Mitglieder. Aber 65 000 christliche gegen 100 000 sozialistische Gewerkschaftler sind eine ansehnliche Zahl. 11 000 Arbeiter und Arbeiterinnen gehören den Arbeitervereinen an. Neuerdings beginnt man mit einer eigentlichen Standesseelsorge für die Bauern. Sie stützt sich auf die katholische Bauernvereinigung, die 1942 ins Leben gerufen wurde. Wenn auch die bäuerliche Bevölkerung von 90% im Jahre 1850 auf 20,3% zurückgegangen ist, stellt sie doch das Mark des Schweizervolkes dar.

Im geistigen Leben der Nation behauptet sich die Universität Freiburg und neben ihr eine Anzahl katholischer Volkshochschulen. Das katholische Verlagswesen wirkt über den eigenen Kreis hinaus, die christliche Kunst ist voller Initiative. „Der schweizerische Katholizismus führt kein Pariaadasein“. Aber er wahrt eine gewisse Zurückhaltung gegenüber den neuen Bewegungen im katholischen Raum unserer Zeit, er ist im ganzen konservativ und gegenüber den französischen Dingen z. B. sehr vorsichtig. „Wir sind ob unserer Bürgerlichkeit in mehr als einer Hinsicht nicht zu bedauern, sondern zu beneiden.“

#### *Die Aufgaben in der Zukunft*

Am Schluß der Aufsatzreihe in der „Orientierung“ werden die Zukunftsaufgaben dargestellt, die der Verfasser als die dringendsten ansieht. Sorge um den Priesternachwuchs, Anpassung der theologischen Wissenschaft und Verkündigung an die Anliegen unserer Zeit, Wachhaltung des Seelsorgsklerus, Erweckung der Laien für die selbständige Arbeit im außerkirchlichen Raum stehen hier an der ersten Stelle. „Die Laien sollten ernst genommen werden. Sie sind zur Mitarbeit durchaus bereit, aber so, daß man sie achtet, ihre Tätigkeit würdigt und sie zu wirklich vertrauensvoller Mitarbeit heranzieht.“

Der Verfasser beschäftigt sich am Ende mit dem Problem, ob der katholische Einfluß auf das öffentliche Leben wohl gesteigert werden kann. Er schreibt dazu: „In dieser Situation ist die richtige katholische Haltung ein erstes Erfordernis. Sie besagt vor allem eine geistige und seelische Weite. Alles, was nach Engherzigkeit, Abkapselung und Isolierung aussieht, wirkt in dieser Situation abstoßend. Es wäre auch gefährlich, relative Dinge zu verabsolutieren“. Was er meint, erläutert er an dem Beispiel der katholischen Exegese, die sich allzu langsam den Erkenntnissen der Naturwissenschaft immer anzubequemen suchte. Dann fährt er fort: „Haben wir nicht auf sozialem Gebiet eine Bürgerlichkeit verteidigt, die in dieser Form keineswegs zum Wesen einer christlichen Gesellschaftsordnung gehört? ... Die Antwort Leos XIII. am jenen Vertreter des französischen Adels, der den Papst für eine Restauration vergangener Verhältnisse gewinnen wollte, hat auch heute noch Bedeutung, nämlich, daß die Kirche keinen Leichnam verteidige, außer dem des gekreuzigten Herrn, der in Wirklichkeit kein Leichnam ist.“

Für bemerkenswert halten wir ferner die energische Forderung, daß die Katholiken sich für alle Bestrebungen zur Annäherung der Völker einsetzen sollen.

Endlich berührt der Verfasser das vielleicht entscheidende Anliegen der kirchlichen Sorge in unseren Tagen: die Sorge um die Weckung der Persönlichkeit. In der Fähigkeit des christlichen Gewissens, in und aus der Situation heraus zu entscheiden, sieht er den eigentlichen Schutz gegen den Einfluß der Masse, der Hetze, des Kollektivs. Richtig erkennt er, daß diese Persönlichkeiten aus dem Schoß solcher Familien hervorgehen, die es verstehen, Gemeinschaft zu sein. Der Verfasser spürt, daß die Zeit vorüber ist, in der die Kirche es vermochte, ihre Gläubigen durch öffentliche Einrichtungen zu sichern. Er fordert weder Verfassungsänderungen noch Konkordate, weder eine christliche Filmzensur noch eine Gesetzgebung zu erhöhtem Schutz der kirchlichen Belange. Er erkennt, daß die Kirche in seinem Lande frei genug ist und daß es dem Gefühl unserer Epoche entspricht, dem Wettbewerb auf geistigem Gebiet freien Raum zu geben. Er erteilt den Repräsentanten der Kirche in seinem Lande nicht den Rat, sich darauf zu verlassen, daß man das christliche Volk bewahren könne, indem man staatliche Positionen erobert oder verteidigt. Er glaubt an die erobernde Kraft der Kirche, wenn sie sich nur an die innerste Sehnsucht der Menschen wendet (und diese Sehnsucht anzusprechen versteht).

Die „Orientierung“, in der diese Aufsatzreihe erschienen ist, wird vom „Apologetischen Institut des Schweizerischen Katholischen Volksvereins“ herausgegeben. Der Verein steht unter der Kontrolle des Episkopats.

## **Die Christen und Palästina**

Papst Pius XII. hat seit Monaten keine Gelegenheit vorbegehen lassen, die Gläubigen an ihre Verpflichtung gegenüber dem heiligen Boden Palästinas zu erinnern und den Großmächten das Interesse der Christenheit an einer gerechten Lösung des Palästinaproblems zu bekunden. Er hat namentlich die heiligen Stätten aus dem anscheinend unlösbaren Konflikt der arabischen und jüdischen Interessen herauszulösen versucht, indem er ihre Internationalisierung vorschlug. Bei uns in Deutschland waren die eige-

nen Sorgen so dringend, daß weder die kirchlichen Oberhirten noch die öffentliche Meinung von dem Anliegen des Heiligen Vaters sonderlich Notiz genommen haben. In Wirklichkeit ist aber das palästinensische Problem ein Schulfall, an dem der Gläubige seine Katholizität und der politische Mensch sein Gespür für weltpolitische Zusammenhänge erproben kann. Es darf deshalb auch in Deutschland nicht unbekannt bleiben. Wir haben bereits einmal (H. 7, S. 327 dieses Jahrgangs) auf die weltpolitische Bedeutung Palästinas aufmerksam gemacht, und unsere Leser haben aus der Enzyklika des Papstes (Heft 9, S. 406) herausgehört, daß es sich zugleich um ein religiöses Anliegen handelt, bei dem der Ernst und das Maß unserer Dankbarkeit gegen den Erlöser auf dem Spiel stehen.

Palästina wird in der breiten Öffentlichkeit nur als Zankapfel zwischen Juden und Arabern einerseits, zwischen England, Amerika und neuerdings Rußland andererseits gewertet. Es ist angesichts dieser einseitigen Auffassung von Bedeutung, sich die Tatsachen in Erinnerung zu rufen, aus denen sich der gegenwärtige Konflikt ergeben hat. Der amerikanische Spezialist Dr. James H. Griffiths hat über den NCWC-News Service der katholischen Weltpresse ein wertvolles Exposé dieser Zusammenhänge geliefert.

Die Juden wie die Araber haben ein religiöses und geschichtliches Anrecht auf das Land. Die Araber haben es vor 1300 Jahren den Byzantinern, nicht den Juden abgewonnen, als der Kalif Omar im Jahre 638 Jerusalem eroberte. Dadurch ist es auch für sie ein heiliges Land geworden. Die Omarmoschee in Jerusalem ist ihr dritthöchstes Heiligtum. Für die Christen halten seit den Kreuzzugszeiten, seit dem 13. Jahrhundert, die Söhne des heiligen Franziskus an den heiligen Stätten Wacht. 1500 von ihnen sind im Laufe der Zeiten im Dienste dieser Ehrenwacht als Märtyrer gefallen. Auch das Anrecht der Christenheit auf Respektierung ihrer heiligen Stätten ist ein geschichtliches und ein religiöses.

#### *Die geschichtliche Entwicklung*

1516 kam das Land unter die Herrschaft der Türken. 1852 erließ der Sultan eine zusammenfassende Regelung der Verwaltung der heiligen Stätten, die in der Politik seither unter dem Begriff des „Status quo“ bekannt ist. Diese Regelung erhielt nach dem Krimkrieg internationale Garantie. Sie wurde nach dem türkisch-russischen Krieg 1878 erneuert. Dadurch wurde das Palästina-Problem zu einem Faktor der internationalen Politik. Am 9. Dezember 1917 ging das Land mit der Eroberung Jerusalems durch General Allenby in englischen Besitz über. Am 29. September 1923 wurde den Briten vom Völkerbund das Mandat über Palästina übertragen. Die Engländer hielten sich bezüglich der heiligen Stätten an den „Status quo“. Das Mandat stellte eine Zwischenlösung dar; denn seit dem ersten Weltkrieg gibt es eine arabische und eine jüdische Interessenvertretung. England hat sich um eine endgültige Lösung bemüht, zu der es sich übrigens schon während des Weltkrieges in der Balfour-Deklaration verpflichtet hatte. Sie versprach den Juden „ein Heim in Palästina“. Die Auffassung, als habe man ihnen Palästina ganz und ausschließlich versprochen, ist unrichtig.

1937 schlug eine königliche Kommission die Teilung Palästinas in eine arabische und eine jüdische Republik vor. Jerusalem und Nazareth sollten endgültig Mandatsgebiet

bleiben. 1939 wurde der Vorschlag abgeändert. Es sollte ein gemeinsamer Staat mit gemischter Verwaltung entstehen. 1946, unter dem Eindruck der Kriegs- und Nachkriegsereignisse, kam im Morrison-Plan die Einsicht zur Geltung, daß es unmöglich sei, Juden und Araber auf diesem heiß umstrittenen Boden sich selbst zu überlassen. England schlug nunmehr jüdische, arabische und britische Distrikte unter einer gemeinsamen Regierung mit britischer Spitze vor.

Als der jüdische Terrorismus in Verbindung mit der illegalen jüdischen Einwanderung diese Lösung intensiv sabotierte, gab England den Fall an die Vereinten Nationen ab. Seit dem Frühjahr 1947 ist die von ihnen eingesetzte Kommission an der Arbeit. Über ihrem Endbericht fiel die Kommission auseinand. Die Majorität von sieben Mitgliedern befürwortete die Teilung; die Minorität von dreien (Indien, Iran und Jugoslawien), also die Freunde der arabischen Interessen, traten für einen Bundesstaat ein. Aber die Juden wie die Araber forderten das Ganze für sich. In einem Punkt faßte die Kommission einen einstimmigen Beschluß. Er betraf die Forderung, daß in Anbetracht der religiösen Interessen dreier Weltreligionen die heiligen Stätten unter internationale Kontrolle gestellt werden sollten.

Die Majorität der UN-Kommission hielt die Teilung Palästinas bei gleichzeitiger Wirtschaftsunion für die einzige realistische Lösung. Man ging daran, die Grenzen festzulegen.

#### *Internationalisierung Jerusalems*

Die Kommission gab eine Rechtfertigung für ihren Vorschlag auf Internationalisierung Jerusalems: Jerusalem ist eine Stadt, in der sich Seite an Seite die Heiligtümer dreier Religionen befinden. Ihre endgültige Befriedung ist ein Anliegen für viele hundert Millionen Menschen. Die Geschichte der Stadt in ottomanischer und britischer Zeit beweist, daß die Staatsgewalt öfters Anlaß hatte, in Streitigkeiten einzugreifen. Sie war dazu nur in der Lage, weil sie durch eine Regierung repräsentiert wurde, die außerhalb und über den lokalen und religiösen Interessen stand. Weder eine arabische noch eine jüdische Regierung würde diese Autorität besitzen. Der religiöse Friede in Jerusalem ist außerdem eine notwendige Voraussetzung für die allgemeine Stabilität des jüdisch-arabischen Verhältnisses. Streit in Jerusalem bedeutet Aufregung in der gesamten jüdischen und arabischen Welt. Die definitive Sicherung des Friedens an Ort und Stelle kann nur durch einen mit internationaler Autorität ausgestatteten Gouverneur garantiert werden. Nur die Vereinten Nationen können den Entscheidungen des Gouverneurs Respekt verschaffen. Der internationale Bezirk soll die Umgegend der Stadt bis Bethlehem und Abu-Dir, Ein Karim und Shufat umfassen. Er soll entmilitarisiert und für neutral erklärt werden. Der Gouverneur soll weder Jude noch Araber noch in Jerusalem ansässig sein. Um das Prestige der Palästina-Völker zu schonen, soll die Internationalisierung nicht bedeuten, daß die UN in der Stadt gewissermaßen eine fremdländische Enklave errichten, sondern daß die Bürger selbst im wesentlichen Träger der Gewalt sind; es soll ein autonomes Gebilde innerhalb des Staates geschaffen werden.

#### *Mißachtung durch beide Parteien*

In der Generaldebatte über diesen Vorschlag widersetzte sich der arabische Block jeder Teilung des Landes. Die

Zionisten unterstützten den Majoritätsvorschlag. Ihnen kam es dabei nur auf die Teilung an. Sie gaben den Vertretern der traditionell christlichen Staaten alle Versicherungen bezüglich Jerusalems. Unter dieser Voraussetzung beschloß die Generalversammlung der UN am 29. November 1947 die Teilung. Der arabische Block lehnte es ab sich zu fügen und ließ das Ende des britischen Mandats, den 15. Mai 1948, herankommen. Seit dem Tage, an dem die UN die Teilung des Landes beschloß, herrschte Bürgerkrieg. Am 20. Mai 1948 wurde Graf Bernadotte als Vermittler entsandt. Mit dem Abzug der britischen Truppen begann die arabische Invasion. Der Krieg zwischen Juden und Arabern hinderte die Vereinten Nationen daran, ihren Beschluß zur Internationalisierung Jerusalems durchzuführen. Jüdische Kreise vertreten nunmehr die Auffassung, die Vereinten Nationen hätten es vernachlässigt, ihre übernommene Pflicht zu erfüllen. Tatsächlich war es unmöglich, die jüdischen und arabischen Streitkräfte zur Anerkennung des UN-Beschlusses zu bewegen. Die Araber eroberten die Altstadt, die Juden die Neustadt Jerusalems. Beide halten bis zu dieser Stunde ihre Stellung. Beide haben Zivilregierungen eingesetzt und dadurch die faktische Annexion ihrer Bezirke vollzogen. Israel hat einige Ministerien von Tel Aviv nach Jerusalem verlegt, der Anfang einer jüdischen Hauptstadt. Die Welt hat dagegen nichts unternommen. Die Vereinten Nationen haben lediglich im Dezember 1948 ihren Beschluß bestätigt und den Sicherheitsrat bevollmächtigt, Schritte zur Entmilitarisierung Jerusalems zu unternehmen.

#### *Die neueste Entwicklung*

Israel hat inzwischen die Mitgliedsrechte in den Vereinten Nationen und die Anerkennung seines Staates erlangt. Die Frage der Internationalisierung Jerusalems wurde dabei offengelassen. Nachdem dies erreicht war, erklärte der Ministerpräsident von Israel, David Ben Gurion, er wüsche ein für allemal zu erklären, daß er nicht mehr bereit sei, über die Internationalisierung Jerusalems zu sprechen. Nachrichten, daß er diese Auffassung nachträglich gemildert habe, erwiesen sich als unbestätigte Gerüchte. Es steht also fest, daß der Staat Israel im gleichen Augenblick, als er die Mitgliedschaft der Vereinten Nationen erwarb, in der Lage war, deren Entscheidung als nicht vorhanden zu betrachten.

Es gibt israelitische Stimmen, die der Internationalisierung der heiligen Stadt zustimmen. Untersucht man aber näher, was sie meinen, so ergibt sich, daß das nichts mehr mit den Vorschlägen der Vereinten Nationen zu tun hat. Einige z. B. wollen die Altstadt zur Verfügung stellen. Sie bieten also etwas an, was sie gar nicht besitzen; denn die Altstadt ist arabisch. Andere wollen die beiden Stadtbezirke unter der gegenwärtigen Verwaltung lassen, während die UN eine oberste Treuhänderschaft ausüben soll. Sie nennen das „indirekte Internationalisierung“. Außerstenfalls will man die Anwesenheit eines UN-Kommissars dulden, ohne indes die Souveränität preiszugeben. Der Präsident von Israel, Dr. Weizmann, hat bei seinem jüngsten Besuch in Europa und Amerika den Eindruck zu erwecken versucht, als sei die jüdische Auffassung des Problems mit der vatikanischen vereinbar. Kirchliche Stellen, insbesondere Kardinal Spellman, haben dies dementiert.

Gewisse Kreise in der Weltöffentlichkeit gehen unter jüdischem Einfluß dazu über, die Sache so darzustellen, als handle es sich nur darum, Israel den guten Willen zu

zeigen. Tatsächlich verlangt dieser Staat, daß man auf juristische Garantien von effektivem Wert verzichtet und sich auf das verlassen soll, was Israel verspricht. Dagegen spricht die Erfahrung langer Jahrhunderte und die durch sie gewonnene Kenntnis der lokalen Verhältnisse in Jerusalem. Zweitens kann man das Vertrauen gegenüber der gegenwärtigen Regierung von Israel nicht auf ihre möglichen Nachfolger in der Zukunft ausdehnen. Es gibt also gar keine andere Sicherung, als weiterhin auf der Internationalisierung im Sinne der UN-Beschlüsse zu bestehen, wie Papst Pius XII. es getan hat.

#### *Eindrücke aus Israel*

Das Verhalten des Staates Israel in dieser Sache und sein Erfolg wie auch der militärische Erfolg gegenüber den vereinigten arabischen Mächten erweckt einige Verwunderung, wenn man bedenkt, daß dieses Israel einer der kleinsten Staaten der Welt ist. Ganz Palästina hat ja kaum 20 000 qkm und nur 1,9 Millionen Einwohner, die sich auf zwei Staaten verteilen. Der Wiener Orientalist Dr. Kurt Schubert gibt in der „Furche“ (18. 6. 1949) einige Eindrücke wieder, die er auf einer eben beendeten Reise durch Israel gesammelt hat und die für ein Urteil über die politischen Chancen Israels von Bedeutung sein können. In der folgenden Nummer der Wiener Zeitschrift wurden diese Betrachtungen von L. O. Meysels in einem Bericht aus Jerusalem noch ergänzt.

In Israel, schreibt der letztere, gibt es heute vier weltanschaulich-politische Gruppen. Eine sehr kleine, fast ausschließlich auf Jerusalem beschränkte, aber sehr aktive Gruppe von Zeloten wirkt wie ein Überbleibsel aus den letzten Tagen der alten jüdischen Nation. Sie nennen sich „Wächter der heiligen Stadt“ und sind leidenschaftlich antizionistisch. Sie eifern für das Gesetz und lehnen deshalb den neuen Staat als eine Säkularisierung der messianischen Idee ganz und gar ab. Sie stiften häufig Unruhen. Zahlenmäßig wichtiger ist der „religiöse Block“ des gesetzestreuen Judentums, der sich mit dem neuen Staat abgefunden hat und ihn im Sinne des Gesetzes zu beeinflussen trachtet. Die stärkste Gruppe bilden die sogenannten „Drei-Tage-Juden“, deren Religiosität sich auf die Beobachtung der drei höchsten Feste beschränkt. Sie fühlen sich aber wenigstens dem Bekenntnis nach als Fortsetzer des Alten Bundes. Die vierte Gruppe umfaßt etwa ein Fünftel der Bevölkerung. Sie besteht aus Sozialisten ohne religiöse Bindung und lehnt die Erweiterung religiöser Einflüsse ab. Für sie ist das Judentum ein nationales und rassisches Faktum. Die innerpolitische Aktivität liegt im Augenblick auf seiten der orthodoxen Gruppen, und ihr Gegenstand ist ein jetzt vorliegendes Sabbatgesetz. Der innere Spannungsgrad ist außerordentlich hoch, und niemand kann im Augenblick sagen, ob die gegenwärtige rechtssozialistische Regierung sich durchsetzen wird.

Es gibt einige Anzeichen dafür, daß die jüdische Orthodoxie politisch im Vordringen ist. Wie wir aus der Heiligen Schrift wissen, ist Israel eine heils- und weltgeschichtliche Größe, die dauern wird. Es war die Sendung des Zionismus, das Volk vor der gänzlichen Assimilation und dem Erlöschen zu retten. Diese Idee hat in dem neuen Staat Ausdruck gefunden. Theologisch betrachtet hat er also eine echte geschichtliche Funktion. Sein Selbstbewußtsein ruht darin, daß er sich auch heute noch als Träger der Erlösungshoffnung versteht und diese Hoffnung weniger aus der Gnade als aus der eigenen Bewährung zur Erfül-

lung zu bringen trachtet. Der Außenminister Mosche Scharret hat seine Rede vor den Vereinten Nationen mit einem Zitat aus Isaias beschlossen. Dieser Staat besitzt einen Elan des Glaubens.

Es fehlt ihm auch nicht an praktischer Vitalität im Innern des Landes. Seine wirtschaftliche und soziale Stärke liegt in den zahlreichen und in rascher Entwicklung begriffenen Gemeinschaftssiedlungen, in denen es kein Privateigentum, wohl aber, im Gegensatz zur russischen Kolchose, ein echtes Genossenschaftseigentum gibt und die zu Trägern eines intensiven kulturellen Lebens werden. Sie haben sich fähig gezeigt, einen großen Teil der Einwanderer zu absorbieren, und können dem Staat auf die Dauer zu einem sehr festen Gefüge verhelfen. Sie waren in der Hauptsache die Träger des siegreichen Widerstandes gegen die Araber. Es wäre also ungerecht, den erfolgreichen Start von Israel allein auf die Hilfe des Weltjudentums zurückzuführen. Es wäre aber ebenso kurzsichtig zu erwarten, die Interessen der Christenheit in Palästina wären durch einen Vertrauensvorschuß an die Juden am besten gesichert. Ihr ungebrochenes messianisches Bewußtsein steht dem im Wege.

## Die religiöse Lage in Japan

Immer wieder hört man die Ansicht, daß Japan nach der schweren Niederlage des Krieges und der Absetzung des Kaisers, der zugleich die Verkörperung der Nationalreligion war, einen fruchtbaren Boden für die christliche Mission darstelle und sich bereits ein Wachsen der Kirche in Japan deutlich erkennen lasse. In Wahrheit darf man jedoch die Fortschritte der Ausbreitung des katholischen Glaubens in diesem Lande nicht überschätzen. Die Christen bilden immer noch einen minimalen Prozentsatz der Bevölkerung: nach den letzten Statistiken gibt es 119 707 Katholiken bei einer Gesamtbevölkerung von mehr als 80 Millionen. Die Erwachsenentaufen haben in den letzten beiden Jahren nur ganz bescheidene Zahlen erreicht, nämlich 4048 im Jahre 1947 und 6875 im Jahre 1948. („The missionary Bulletin“, hsg. vom Katholischen Nationalkomitee in Japan, gibt leicht variierende, eher noch geringere Zahlen an). Übrigens sind die Katholiken in Japan keineswegs über das Land verteilt, sondern in einigen wenigen Gegenden, insbesondere einigen großen Städten konzentriert: in Nagasaki leben 60 000, in Tokio 11 000, in Osaka 12 000. Etwas mehr Konversionen können die verschiedenen protestantischen Kirchen verzeichnen, nämlich ungefähr 20 000 in den letzten drei Jahren.

Was die Zukunftsaussichten für die japanischen Christen so ungewiß macht, ist also einmal, daß sich die Neubekehrten als ganz geringe Minderheit in einer großen andersgläubigen Umwelt befinden, deren Denkweise und deren Aberglauben sie in sich selber tragen, und dann die Tatsache, daß auch in Japan, zumal unter den Studenten und den Arbeitern, die Lehren des Kommunismus schnell fortschreitenden Anhang finden. Intellektuelle und Arbeiterschaft sind bereits von materialistisch-atheistischem Denken tief durchtränkt.

Von den alten Religionen Japans scheint der Buddhismus heute stark im Rückgang begriffen zu sein. Der Shintoismus dagegen steht immer noch in Blüte, obgleich er als offizielle Religion abgeschafft worden ist. Vor dem Krieg teilte er sich in 13 Sekten, heute umfaßt er deren 115. Diese Sekten haben Namen wie „Große Religion der Erde und des Himmels“, „Religion der Mutterschaft“, „Religion des Universums“, „Religion der Wahrheit“, „Religion der Natur“, „Religion des langen Lebens“ usw. Das Eigentümliche dieser Sekten, deren einige viele Millionen von Anhängern haben, besteht darin, daß sie gewisse christliche Ideen aufgenommen und dem Denken Japans angepaßt haben. Dann ergibt sich aber als Folge, daß das japanische Volk glaubt, das Christentum nicht mehr nötig zu haben, weil es seine Ideen in seiner eigenen Religion besitze. Um die Zeitschrift „Yūkyū“ hat sich ein Kreis gebildet, der eine Dogmatik des Shintoismus aufstellen will und z. B. im April 1949 ein Heft über die Lehre von der menschlichen Seele herausgebracht hat. Die Vorstellungen von der Seele und ihrer Unsterblichkeit weichen jedoch von den christlichen weit ab.

An den Universitäten sind 60% der Studenten kommunistenfreundlich. Unter der Lehrerschaft der Volks- und Mittelschulen huldigen viele einem reinen Materialismus. In der Arbeiterschaft fällt vor allem der rasche Verfall der Moral auf, der durch das große Elend begünstigt wird. Die Familie, die bisher in Japan als eine heilige Einrichtung galt, beginnt zu zerfallen. Die Propaganda für die Geburtenbeschränkung dringt überall ein.

Um diesen modernen Strömungen zu widerstehen, haben die katholischen Studenten sich zu einem Nationalverband zusammengeschlossen, aber dieser umfaßt heute nur 1600 von insgesamt 400 000 Studenten an den japanischen Universitäten und Hochschulen. Doch hat dieser katholische Nationalverband eine Kraft in seinem starken brüderlichen Zusammenhalt. Der katholische Arbeiter dagegen steht vollkommen allein und wird sogar wegen seiner Überzeugungen angegriffen und benachteiligt. Es wäre nötig, daß neue Kirchenräume in Japan geschaffen würden, aber hierzu fehlen noch auf lange Zeit hinaus die finanziellen Mittel und vor allem auch die notwendigen Priester.